

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 201
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Deuts

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Der Lockspitzelprozess in Rom.

30 Jahre Zuchthaus für Zaniboni, Capello und Angelo Ursalla beantragt.

Rom, 20. April. (WIZ.) Im Prozess Zaniboni beantragte der Generalstaatsanwalt am Schluss seiner Anklagerede folgende Strafen: gegen Zaniboni, Capello und Angelo Ursalla, letzterer in Abwesenheit, je 30 Jahre Zuchthaus; gegen Ducci 7 Jahre Gefängnis, Ferruccio Nicoloso und Luigi Colligato je 12 Jahre Gefängnis, Enzo Riva und Elio Celotti je 7 Jahre Gefängnis. Für Angelo Colligato beantragte er Freisprechung von der Anklage der Beihilfe zum Mord und zum versuchten Mord, dagegen Verurteilung wegen Beleidigung der öffentlichen Gewalt zu 7 Monaten Zuchthaus.

In seiner Schlussrede sagte der Ankläger, wenn man auch im einzelnen die Schuld des Großmeisters der Freimaurerloge juristisch nicht habe festlegen können, habe der Prozess doch keinen Zweifel gelassen, daß die Loge durch General Capello Vereinigungen und Bestrebungen finanziert habe, die ausgesprochen feindlich der gegenwärtigen Regierung gegenüberstanden. Durch das Attentat auf Mussolini habe man den Zustand gegen die Regierung ermöglichen wollen. Darin liege die Mittäterschaft Capellos. Ein General a. D., noch dazu Präsident der Vereinigung ehemaliger Offiziere, habe sich nicht entblödet, regierungsfeindliche Vereinigungen auch nach ihrer Auflösung zu reorganisieren, und dies immer in der Hoffnung, daß ein äußerer Umstand den Ausbruch dieser umstürzlerischen Bestrebungen veranlassen

könnte. Die italienische Loge habe unzweifelhaft diesem verbrecherischen Treiben erhebliche finanzielle Hilfe zugesichert, weit über die Summen hinaus, die Zaniboni durch Capello, wie nachgewiesen sei, ausgezahlt worden seien.

Am Mittwoch beginnen die Plädoyers der acht Verteidiger. Am Sonnabend wird das Urteil erwartet.

Faschistenpizel in Frankreich verhaftet.

Paris, 20. April. (WIZ.) Wie „Matin“ aus Marseille berichtet, ist der dort festgesetzte Italiener Alfredo Biola, der im Dienste der italienischen Polizei als Agent Provocateur tätig gewesen sein soll, in reguläre polizeiliche Haft genommen worden. Er soll ausgeliefert (!) werden.

Nur Faschisten dürfen Lehrer sein.

Rom, 20. April. (WIZ.) Das Amtsblatt veröffentlicht ein Befehlsdekret über die Amtsenthebung der Mittelschullehrer (d. h. an den höheren Schulen). Danach können die Mittelschullehrer abgesetzt werden, wenn sie aus physischen, intellektuellen oder moralischen Gründen keine nützliche Arbeit in der Schule mehr leisten können, ferner, wenn sie durch Kundgebungen in oder außerhalb der Schule sich mit den allgemeinen politischen Richtlinien der Regierung in Widerspruch setzen.

Der „Orientnep“.

Gemischtwirtschaft im Verkehr Sowjetrußlands mit der Türkei.

Von Dr. H. Abeghian.

Etwa vier Fünftel der russischen Grenze stoßen an asiatische Länder mit rund 800 Millionen Gesamtbevölkerung. Trotzdem sind die Wirtschaftsbeziehungen Rußlands zu seinen asiatischen Nachbarn von jeher sehr schwach gewesen. Ihr Anteil an dem russischen Außenhandel betrug 1913 nur 320 Millionen Rubel von den 2600 des Gesamtaußenhandels, also 12,3 Proz., während der Anteil Deutschlands 36 Proz., der Englands 18 Proz. betrug. Von diesem geringen Anteil der orientalischen Länder an dem russischen Außenhandel entfielen auf die Türkei nur 1,7 Proz.; aber auch Rußland war an dem türkischen Außenhandel nur schwach beteiligt: mit nur 7,5 Proz. Im Verhältnis zum Gesamtaußenhandel aller orientalischen Länder zusammen genommen entfielen auf Rußland kaum 4 Proz. — China und Buchara mit eingerechnet 5 Proz. Die Grundursache hierfür war die schwache Entwicklung der russischen Industrie.

In der Nachkriegszeit sind die Verhältnisse im wesentlichen die gleichen geblieben, haben sich vielfach sogar verschlechtert. Der russische Außenhandel mit den Ländern des Orients ist (wie mit denen des Westens) heute immer noch weit davon entfernt, den Stand der Vorkriegszeit zu erreichen. Jedoch ist die Sowjetregierung schon seit 1923 bemüht, ihre Wirtschaftsbeziehungen zum Orient zu verbessern. Allmählich ist die orientalische Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands umgestaltet worden. Sie unterscheidet sich vielfach von derjenigen gegenüber den kapitalistischen Staaten, so daß man hier von einem „Orientnep“, d. h. einer neuen orientalischen Wirtschaftspolitik der Sowjets reden kann. Ein bezeichnendes Beispiel dieser Politik ist auch der neue türkisch-russische Handelsvertrag, der das bisherige Provisorium ersetzt.

Das russische Außenhandelsmonopol wird bekanntlich als ein „Grundpfeiler“ der Sowjetwirtschaft, als „eine kommandierende Höhe“ des gesamten Sowjetismus betrachtet. Der Außenhandel ist der Betätigung des Privatunternehmens entzogen. Gegenüber den Ländern des Orients aber hat das Sowjetmonopol eine grundsätzliche Änderung erfahren; es ist weitgehend eingeschränkt worden. Sowjetrußland gewährt schon seit 1923 orientalischem Privathandel und orientalischem Unternehmensegeist eine ziemlich weitgehende Handelsfreiheit. Den orientalischen Kaufleuten ist es möglich, mit Rußland Export- und Importhandel zu treiben. Die nach Rußland exportierten Waren dürfen dabei nicht ausländischer, sondern müssen inländischer Herkunft sein; auch die aus Rußland importierten russischen Waren sind nur für den inneren Markt der betreffenden orientalischen Länder bestimmt. Allerdings ist der Handel nur für bestimmte Waren freigegeben. Immerhin bleibt die Tatsache bestehen: Im Verhältnis zum Orient ist in das russische Handelsmonopol eine tiefe Bresche gelegt. Die sowjetrussischen Vertretungen im Orient sind nicht, wie sonst überall, die einzigen Handelsvermittler; neben ihnen und oft auch zusammen mit ihnen betätigen sich Kaufleute und Firmen. Es existieren zum Beispiel in Persien eine Reihe von sogenannten „gemischten Handelsgesellschaften“, an denen russisches Staatskapital und persisches Privatkapital beteiligt sind. Aktiengesellschaften dieser Art sind auch für die Türkei in Aussicht genommen.

Sowjetrußland läßt sich bei seiner orientalischen Wirtschaftspolitik von Handelsinteressen sowohl als auch von allgemein politischen Gesichtspunkten leiten. Die Bolschewiki glauben, hierdurch die Länder des Orients leicht für ihren Kampf gegen den europäischen Einfluß zu gewinnen. Kein wirtschaftliche Beweggründe spielen dabei eine noch wichtigere Rolle. Als ausschließlich landwirtschaftliche Gebiete exportieren die Orientländer nach Rußland Waren, deren die russische Staatswirtschaft dringend bedarf: Wolle, Baumwolle und anderes. Dagegen importieren die Orientländer russische Fabrikate: Petroleum, Textilwaren, Zucker und anderes. Das Verhältnis zu den Westmächten ist gerade umgekehrt. Unter diesem Gesichtswinkel lassen sich Tschitscherins Worte, die er vor einiger Zeit in der Moskauer Handelskammer gesprochen hatte, verstehen: „Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern des Orients müssen viel enger und viel intimer gestaltet werden, als diejenigen mit den Ländern des Westens. Sie bilden auch den Grund unserer allgemeinen Politik im Orient.“

Dennoch weigerte sich die Sowjetunion jahrelang, mit der Türkei und mit Persien dauernde Handelsverträge zu schließen. Noch mehr: die Sowjetregierung hatte im Februar 1926 die Importsperrre türkischer und persischer Waren angeordnet (mit Ausnahme der Baumwolle). Diese Maßnahme, die sowjetrussischerseits als ein politisches Druckmittel gedacht war, rief unter den persischen und türkischen Kaufleuten und in der Presse eine tiefe Mißstimmung hervor. Erst jetzt, nach der Unterzeichnung des russisch-türkischen Handelsvertrags, findet dieser Zollkrieg gegenüber der Türkei ein Ende. Persien jedoch, das wirtschaftlich und handelspolitisch noch viel mehr von Rußland abhängig ist, wartet bis heute vergeblich auf ein ähnliches Handelsabkommen.

Auf Grund des Handelsvertrages wird die türkische Ausfuhr nach Rußland auf 45 Warensorten in bestimmten Kontingenten beschränkt, deren Umfang nach der Leistungs-

Zollkrieg oder Handelsvertrag?

Die Reaktion in Deutschland und Polen macht scharf.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages, der den Zollkrieg beenden soll, gehen nun schon wieder seit einigen Wochen weiter, ohne daß positive Ergebnisse sichtbar wären. Die Reaktion auf beiden Seiten bemüht die Zeit, um recht energig aufzutumpfen und Vorwände zu schaffen; man will ein Scheitern der Verhandlungen später vor dem Volke rechtfertigen können, das natürlich unter den Störungen des deutsch-polnischen Handelsverkehrs am meisten leidet. So herrscht in deutschen Kreisen Ostoberschlesiens große Erbitterung über die während der letzten Wochen verfügten Entlassungen von Arbeitern, die sich ausschließlich gegen deutsche Staatsangehörige oder deutschfreundliche Oberschlesier polnischer Nationalität wenden. Die letzten Kommunalwahlen mit ihren großen Erfolgen für das Deutschtum haben offenbar die polnischen Nachbarn erschreckt. Die „Befreiungskundgebung“, die von den polnischen Kampfbündeln am 21. März in Anwesenheit von Offizieren der früheren französischen Besatzung Oberschlesiens abgehalten wurde, gab den polnischen Spitzeln die Möglichkeit, die unerwünschten deutschen und deutschfreundlichen Elemente — zumal die letzteren — festzustellen, da diese natürlich dieser Kundgebung fern blieben. Vorher waren bereits in den Betrieben Bekanntmachungen ausgehängt worden, die zur Teilnahme an der Kundgebung aufforderten, strenge Strafen für das Fernbleiben androhten und besonders fristlose Entlassung in Aussicht stellten. Bald darauf folgten denn auch die Entlassungen, von denen nicht weniger als 7600 deutsche Staatsangehörige und weitere 8000 deutschfreundliche Oberschlesier betroffen wurden.

Der Einspruch der Organisationen und Betriebsvertretungen gegen diese Entlassungen konnte natürlich leicht abgewehrt werden mit dem Hinweis darauf, daß in Ostoberschlesien eine große Wirtschaftskrise herrscht, die, wie überall so auch hier, eine starke Erwerbslosigkeit zur Folge hat. Trotzdem ist diese Krise natürlich nur Vorwand, wenn man die neu zu entlassenden Arbeiter nicht nach den Erfordernissen des Betriebes, sondern nach ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrer politischen Gesinnung auswählt. Jedenfalls wird uns von glaubwürdiger Seite versichert, daß in der fraglichen Zeit ausschließlich deutsche und deutschfreundliche Arbeiter zur Entlassung kamen.

Der deutschen Reaktion sind natürlich diese Vorkommnisse ein Grund mehr, ihre Waffen zu schärfen. Die deutschen Großagrarier haben ein Interesse an der Abwehr der Einfuhr von polnischem Fleisch und polnischen Futtermitteln. Dieses Interesse bemäht sie natürlich mit „nationalen“ Forderungen. Sie verlangen Sicherungen für ein Niederlassungsrecht Deutscher in Polen, wie es keinem anderen Ausländer in Polen bisher gegeben worden ist. Die Forderungen werden ganz bewußt überspielt, um die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Streitpunkt abzulenken, dessen Behandlung den Patriotismus der Großagrarier in das rechte Licht rücken könnte. Scheitern nämlich die neuen Verhandlungen am Niederlassungsrecht, so bleibt den deutschen Agrarier die unangenehme Diskussion über den Schweine- und Getreidezoll erspart, dessen Hochhaltung ihnen die wichtigste „nationale“ Aufgabe ist. Ebenso aufgeregt wie die deutschen Reaktionen die Niederlassungsfrage behandeln, gebärden sich ihre polnischen Gesinnungsfreunde, die die Gefahr einer deutschen Invasion und Kolonisation zum Bauernschreck machen unbefürchtet, daß tatsächlich in Oberschlesien eine starke deutsche Minderheit ist, die des Schutzes bedarf und auf ihn Anspruch

hat, und daß schließlich eine erträgliche Regelung der Niederlassungsfrage unerlässlich für eine gute Entwicklung des Handelsverkehrs ist.

Die Reaktionen auf beiden Seiten verhängen sich also hinter Vorwänden, hinter denen sie ihre wirtschafts- und machtpolitischen Gründe zu verdecken suchen. Bei der deutschen Reaktion spielt noch — das zeigt der Charakter der Meldungen in der Reichspresse neuerdings ganz besonders deutlich — das Moment eine Rolle, daß man nicht ungern dem deutschen Gesandten in Warschau über diese Frage zu Fall bringen möchte, um seine Stelle für einen gestimmungstreuen Rationalisten freizumachen. Scheitern aber die deutsch-polnischen Verhandlungen, so bleiben die Störungen im Warenverkehr, die infolge des verringerten Abflusses zu erhöhter Arbeitslosigkeit auch in Deutschland führen. Die Sabotage einer Verständigung erschwert jedoch endlich die Lage derjenigen deutschen und deutschfreundlichen Bauern und Siedler in den agrarischen Teilen Polens, die nach dem Versailler Diktat abgetreten werden mußten. Die reaktionäre Propaganda kehrt sich also gegen die eigenen Volksfreunde und Volksgenossen im Ausland. Sie hat jedenfalls mit dem deutschen Interesse nichts zu tun. Dieses geht vielmehr dahin, daß der Zollkrieg liquidiert wird und daß durch die Anbahnung einer wirtschaftlichen Verständigung die Voraussetzungen für ein erträglicheres politisches Verhältnis zwischen Deutschland und Polen geschaffen werden.

Rußland und der Völkerbund.

Annäherung wahrscheinlich.

In Moskau tagt gegenwärtig der vierte allrussische Sowjetkongress. Die außenpolitische Rede Annojss war von äußerster Zurückhaltung, in der man alles andere, nur nichts von bolschewistischen Methoden verspürte. Insbesondere fiel die glimpfliche Behandlung des Völkerbundes auf.

Es scheint, daß die Sowjetunion in der Tat eine Annäherung an den Völkerbund erstrebt. Sie lehnt zwar eine Teilnahme am Völkerbund nach wie vor ab, aber macht doch im gleichen Augenblick Anstalten, sich zum Völkerbund wesentlich anders zu stellen als bisher. Vor allem dürfte die Sowjetunion eine eigene Berichterstattung in Genf einrichten. Sie ist ferner bereit, unter der Voraussetzung einer Verschiebung der Eröffnung an der Weltwirtschaftskonferenz teilzunehmen und sich auch auf der Abrüstungskonferenz in Zukunft vertreten zu lassen und bietet für die Abrüstungsfragen Vorschläge durch Sachverständige an.

Die Beilegung des Borowsti-Konflikts zwischen Rußland und der Schweiz gibt der Moskauer Regierung auch die technische Möglichkeit zu solcher Annäherung.

Der unbeliebte Tschiangkaiſchek.

Auch bei den Engländern.

London, 20. April. (WIZ.) „Times“ meldet aus Schanghai: Trotz der Versprechungen Tschiangkaiſcheks sind die Zustände in Kanting nicht besser geworden. Kein Ausländer kann an Land gehen und die Plünderungen dauern an. Es würde ein großer Fehler sein, zu glauben, daß Tschiangkaiſchek den Ausländern größeres Entgegenkommen zeigen oder seine Versprechungen besser einhalten wird als die Kommunisten. Alle noch in Kanting befindlichen ausländischen Zivilisten werden morgen die Stadt verlassen, um sich nach Schanghai zu begeben.

Wiener Bürgerblockmethoden.

Verleumdung als „Antimargismus“.

Die österreichischen Christlichsozialen sind durch Wahlkampfmethoden groß geworden, die bis dahin unbekannt waren: Verleumdungsterror, Anpöbelung, Bogkott und vor allem persönliche Verleumdung der gegnerischen Führer und Kandidaten. Diese Methoden, einigermaßen wirksam im verfallenden und verzweifelnden Kleinbürgertum der frühen Vierziger Jahre, verloren ihre Kraft, als das gleiche Wahlrecht die breiten Arbeitermassen auf die politische Bühne führte. Aber jetzt haben die ehemaligen Wiener Wächter in ihres Nichts durchbohrendem Gefühl angefaßt die glänzenden Bewährer sozialistischer Gemeindeverwaltung wieder auf jene alten Künste der Schmuharistiker und des Lügenwerfers zurückgegriffen, und da die Freisinnigen wie die Deutschnationalen sich mit den Christlichsozialen unter dem weiten Hut des Kardinal-Fürstbischofs Bissl und seines getreuen Seipel zusammengefunden haben, sind diese „aufgeklärten“ Bürgerparteien mit verantwortlich für diese Wahlkampfmethoden. Sie können, vereint und geeinigt mit ihren Todfeinden von vorgestern, Heinrich Heine zitieren:

„Selten habt ihr mich verstanden, selten auch verstand ich euch, doch wenn wir im Rot uns fanden, dann verstanden wir uns gleich.“

Die Bohnen werden überschwemmt mit den Verleumdungen und darunter besonders mit solchen, die die neue Schule zum Gegenstand haben, jenes Werk unseres Genossen Otto Glöckel und seiner Mitarbeiter, das eben erst im „Vorwärts“ von heute früh ein führender Berliner Schulmann so voller Anerkennung besprochen hat. Freilich, an dem Sachunterricht und der Organisation dieser Schule können die Christlichen nichts aussetzen, so haben sie sich den modernen Turnunterricht ausgesucht. Der wird freilich viel mehr als früher gepflegt, wie denn die vielgestaltigste sozialdemokratische Gemeindeverwaltung die Zahl der öffentlichen Spielplätze von 4 bisher auf 23 erhöht hat, wobei ihre Ausstattung noch gar nicht besonders hervorgehoben ist.

Die Verleumder behaupten selbst in Wien, wo die Lüge sofort erkannt wird, noch mehr aber in der Provinz, daß im Wiener Schulkraumunterricht die Lehrer und Lehrerinnen splitternackt mit den gleichfalls splitternackten Kindern turnen, wodurch nicht nur, nein — damit der Geschlechtstrieb frühzeitig wachgerufen und ständig gereizt werde! Die Folge sei denn auch eine ungeheure sittliche und sogar gesundheitliche Jugendverderbnis, graufiges Anwachsen der Zahl jugendlicher Geschlechtskranker und Prostituierten usw.!

Nichts von alledem ist natürlich wahr; wäre es so, warum haben dann die Antisozialisten im Gemeinderat von Wien und im Nationalrat nie derartige Klagen vorgebracht, sondern sich für — Flugblätter im Wahlkampf vorbehalten?

Der Wiener Stadtschulrat geht selbstverständlich auf diese erbärmlichen Verleumdungen gar nicht erst ein, zumal alle Eltern schulpflichtiger Kinder die einwandfreie Wahrheit kennen. Die Lehrervereinigung Wiens hat diese Anwürfe mit Verachtung zurückgewiesen. Siehe bleiben sie nur auf ihren Verbreitern, den antimargistischen Ritters der Seipelschen Einheitsliste!

Der französische Parteitag.

Das Ringen um die Taktik.

Paris, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem sozialistischen Parteitag verlor sich Grund nachzuweisen, daß in Europa die sozialistischen Parteien zu Koalitionen mit den bürgerlichen demokratischen Parteien oft genötigt seien, z. B. in Deutschland, Schweden und Belgien. Der Redner warnte den Kongreß vor übertriebenem Stenographismus diesen demokratischen bürgerlichen Parteien gegenüber. „Frage die italienischen Genossen“, rief er aus, „erst wenn man die demokratische Plattform verloren hat, erkennt man, wieviel man verloren hat, aber dann ist es zu spät!“ Longuet hält es für unrichtig, Einstimmigkeit auf eine Entschliebung herbeiführen zu wollen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die auf dem Kongreß zutagegetretene Tendenz der Einigung auf einen gemeinsamen Text zwischen dem Zentrum und links sich durchsetze. Vincent Auriole meinte, es wäre wohl möglich, Einstimmigkeit über eine Entschliebung herbeizuführen. Heute handele es sich nicht mehr darum, die französische Republik zu verteidigen, selbst der Papst habe sie anerkannt (Heiterkeit), aber heute müsse der Sozialismus auf wirtschaftlichem Gebiet seine Kräfte entfalten.

Überdies laßt die internationale Finanz auf den Regierungen und versucht, die Demokratie unter ihr Joch zu drücken.

Für diesen Kampf müsse eine Umgruppierung der Parteien vorgenommen werden. Aus diesem Grunde seien die lebhaften Angriffe auf dem Kongreß gegen die Radikalsozialen und die sonstigen bürgerlichen Parteien völlig unangebracht. Die Stunde sei nicht dazu da, des längeren zu untersuchen, ob Kartelle oder Koalitionen mit anderen Parteien nicht möglich seien. Man müsse im Gegenteil darauf ausgehen, die Zusammenhänge zwischen der sozialistischen Partei und den ihr nahestehenden bürgerlichen Parteien auf wirtschaftlichem Gebiet herzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Renaudel verzichtete nunmehr auf seine Entschliebung, da Vincent Auriole genau ihre Tendenz vertreten habe. Er (Renaudel) wolle nur darauf hinweisen, daß die Herstellung einer Einheitsfront mit den Kommunisten Sogismus sei, da diese die sozialistische Einigkeit zu zerstören bestreben.

Léon Blum

erklärte, daß er eine Einheitsfront, deren Tätigkeit den Interessen der arbeitenden Klassen diene, begrüße, aber in Übereinstimmung mit Renaudel stelle er fest, daß eine Einheitsfront mit dem Bolschewismus den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufe und unmöglich sei. Aber auch den republikanischen Linksparteien gegenüber sei es der sozialistischen Partei unmöglich, eine endgültige und ständige Haltung zu fixieren. Man müsse allen Möglichkeiten in dieser Beziehung die Tür offen lassen, ohne sich auf die eine oder die andere Haltung festzulegen. Es wäre möglich, die Einigkeit auf eine einzige Entschliebung herbeizuführen, wenn der Kongreß sich der von Vincent Auriole vertretenen Auffassung anschließen würde. Ohne Zweifel seien die Klagen gegen die gegenwärtig im Steigen begriffen, aber gerade deshalb sei ein Bruch mit den bürgerlichen Parteien nicht unbedingt notwendig. Die Nationalisierung und Superkonzentrierung,

die ganzen diktorischen Anstrengungen des Kapitalismus und sein Druck auf die Parteien,

auch auf die bürgerliche Linke, zeigen, daß die Bedingungen des Klassenkampfes sich geändert haben. Auch im Vorkriegsstaat seien die bürgerlichen Parteien unfähig gewesen, gegen die Diktatur des Kapitalismus aufzutreten. Sie seien zu schwach dazu gewesen, aber das sei kein Grund, das Zusammengehen mit ihnen zu verurteilen. Damit war die politische Diskussion geschlossen. Die Resolutionskommission trat sofort zusammen, um zu versuchen, eine einheitliche Resolution zusammenzustellen.

Die deutsch-polnische Verständigungskonferenz der Quäker in Berlin jagt bereits am 21. bis 23. April, nicht Mai, wie wir irrtümlich in der Ueberschrift mitgeteilt hatten; im Text hat es richtig gestanden.

Die neuen weltlichen Schulen.

Es geht vorwärts in Berlin!

Die Vorbereitung für die weltlichen Schulen hat im letzten Jahr beachtenswerte Erfolge gebracht. In Köpenick konnte zwar wegen Raummangels die weltliche Schule noch nicht, wie von der Bezirksschuldeputation beschlossen war, zum 1. April errichtet werden, und in Schöneberg mußte man in der Schule Feurigstraße aus demselben Grunde sich auf erst vier Grundschulklassen beschränken. In den anderen Verwaltungsbezirken Kreuzberg, Friedrichshain, Prenzlauer Berg dagegen ist das zunächst gesteckte Ziel erreicht.

Im Bezirk Kreuzberg ist am 1. April die 20. Gemeindefschule, Waldemarstr. 77, als weltliche Schule eröffnet worden. Es hat sich hier wieder die alte Erfahrung bestätigt, daß die „amtlichen“ Zahlen, die in den Verhandlungen mit der Behörde eine so große Rolle spielen, weit übertroffen wurden. Die Schule ist überfüllt. Zwei Klassen müssen bis auf weiteres in die Schule Görliger Straße verlegt werden, und einige werden noch folgen müssen, da die anderen Klassen eine sehr hohe Frequenz haben, die weit über dem Durchschnitt der übrigen Schulen liegt. Bei weiteren Anmeldungen, die immer noch entgegenkommen werden, wird es möglich sein, in der Görliger Straße einen ganzen Parallelzug von Klassen einzurichten.

Die größten Schwierigkeiten sind der Errichtung der Schulen in Friedrichshain und Prenzlauer Berg bereitet worden. Die Kirche hatte gegen sie mobil gemacht, weil die in Aussicht genommenen Gebäude zwei evangelischen Kirchen benachbart sind. Das mußte, behaupten die „christlichen“ Herrschaften, „naturgemäß zu schweren Vergernissen führen“. Ein lächerlicher Einwand! Von selten der weltlichen Schule werden die „besorgten Christen“ keine Befürchtung zu befürchten haben, da in den neuen Schulen nicht, wie in der Kirche, die Intoleranz eine Heimstätte hat, sondern Toleranz auch gegen Andersdenkende geübt wird. Wo weltliche Schulen in Berlin neben der Kirche liegen (es gibt deren einige), ist in all den Jahren nicht das geringste „Vergernis“ entstanden.

Das Provinzialschulkollegium hat der Errichtung der weltlichen Schulen in der Diefelmennerstraße (59. und 181. Gemeindefschule) und in der Senefelderstraße (228. und 289. Gemeindefschule) seine Zustimmung erteilt, so daß am Donnerstag, dem 21. April, auch diese Schulen eröffnet werden. Alle Verwaltungsmassnahmen dazu sind getroffen. In letzter Stunde möchte jedoch die Gegenseite noch durch Druck des Ministeriums für die Schule in der Senefelderstraße eine Verlegung nach der Danziger Straße erreichen, was alle bisher getroffenen Massnahmen über den Haufen werfen und neue Schwierigkeiten heraufbeschwören würde.

Gleichzeitig versucht die Rechtspreffe, die Angelegenheit zu einer Hege gegen den Genossen Bürgermeister Ostrowski zu benutzen, der als Schuldeputationsmitglied sich der Förderung der weltlichen Schulen energisch angenommen hat. Am lächerlichsten macht sich dabei ein deutschösterreichisches Blättchen, die „Deutsche Zeitung“, mit einem Artikel „Ungezügelter Kampf um die weltliche Schule“. Das Urteil des Verfassers ist von Sachkenntnis nicht getrübt, weil er doch weder etwas von den Befugnissen eines Bezirksbürgermeisters noch von der Schulgesetzgebung. Er fügt seine Angaben auf ein „noch in Kraft befindliches Reichsschulgesetz von 1906“, das weder existiert noch existiert hat. Er meint wahrscheinlich das preussische Volksschulunterhaltungs-gesetz.

Alle reaktionären Anstrengungen sind aber vergeblich. Am Donnerstag, dem 21. April, werden wir die neuen weltlichen Schulen und damit nunmehr 40 weltliche Schulen in Berlin haben. Alle Eltern des Bezirks Prenzlauer Berg, die ihre Kinder in die weltliche Schule umschulen wollen, holen sich am Donnerstag in der Zeit von 8 bis 10 Uhr die Umschulungspapiere aus der alten Schule, die die Kinder bisher besuchten, und finden sich mit den Kindern pünktlich um 10 Uhr in der neuen Schule Senefelderstr. 6 ein.

Bundestag der Arbeiter-Samariter.

Die 8. Bundestagung des Arbeiter-Samariter-Bundes ging in den Ostertagen im Volkshaus zu Weimar vor sich. Anwesend waren über 120 Delegierte und Gäste aus allen Teilen des Reiches. Vertreten waren neben den deutschen Arbeiter-Sport- und Wohlfahrtsorganisationen auch der österreichische Schulbund, der über eine eigene Samariterorganisation verfügt. Die Tagung nahm einen ruhigen und sachlichen Verlauf; die Opposition der Kommunisten war verschwindend gering. Die Massnahmen des Bundesvorstandes und seine Tätigkeit während der letzten zwei Jahre wurden vom Bundestag gebilligt. Der Vorsitzende Kerschmar-chemnitz konnte darauf hinweisen, daß der Bund seit der Bundestagung in Berlin wesentliche Erfolge zu verzeichnen hat. Er hat nicht nur an Mitgliedern gewonnen, sondern es hat auch eine Verschiebung der Ziele des Bundes stattgefunden. Mit nahezu 40000 Mitgliedern nimmt der Bund in der Arbeiterbewegung eine beachtliche Stellung ein.

Während der ersten zwei Tage nahm der Bundestag die Berichte des Vorstandes über Organisation und Kasse sowie über das Technische und die Tätigkeit des Bundesauschusses entgegen. Ende 1926 zählte der Bund 39888 Mitglieder in 900 Kolonnen. Ältere Kolonnen besitzen eigene Rettungswachen und Kolonnenhäuser, neun verfügen über ein Krankenautomobil. Immer wieder verurteilte die Bundesleitung, bei der Reichsregierung die amtliche Anerkennung und Gleichberechtigung des Bundes zu erreichen, was jedoch bis jetzt nicht möglich war. Auch die Verzeigerung gestattete sich dadurch schwierig, daß man im bürgerlichen Lager den Bund zu einer parteipolitischen Organisation zu stempeln versucht, um ihm dadurch die Verzeigerung zu können. Eine für den gesamten Bund und seine Schlagkraft wichtige Veranstaltung war die erste Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M., wo die Arbeiter-Samariter den Sanitätsdienst glänzend bewältigt haben. Auch beim Westdeutschen Arbeiter-Turn- und Sportfest in Köln und beim österreichischen Arbeiterturnfest in Wien betätigte sich der Bund hervorragend. Die Kolonnen des Bundes waren ebenfalls jederzeit auf dem Posten bei großen Unglücksfällen (Grubenunglücken) oder bei Seuchenbekämpfungen (Zophusepidemie in Hannover). Viele Kolonnen haben gut eingerichtete Krankenpflegestellen und ausgebildete Pflegerinnen zur Verfügung. Die Zahl der ausgeführten Pflegen betrug im Jahre 1926 7250 mit 116695 Pflegestunden. Insgesamt wurden im Jahre 1926 120817 Dienstleistungen bewältigt, davon 44526 Transporte. Ferner griffen die Kolonnen des Bundes bei 265115 öffentlichen und 283509 Betriebsunfällen, also insgesamt bei 548624 Unfällen ein.

In der Aussprache wurde besonders die Forderung um staatliche Anerkennung des Bundes erhoben und eine entsprechende Resolution angenommen, in der verlangt wird, daß der Bund von den Regierungen mindestens mit anderen Samariterorganisationen gleichgewertet wird und ihm deshalb die volle Gleichberechtigung und staatliche Anerkennung zu gewähren ist. Angenommen wurde ferner eine Entschliebung, in der bemängelt wird, daß der ADGB im Zentralvorstand des Roten Kreuzes vertreten ist, ohne eine Vertretung im Arbeiter-Samariter-Bund zu haben. Eine weitere Entschliebung wendet sich gegen das Rote Kreuz, von dem zahlreiche Vereine das Versprechen der Leistung, jede Bekämpfung des Arbeiter-Samariter-Bundes zu unterstützen, nicht einhalten, sondern den Bund nach wie vor oft mit unsauberen Mitteln bekämpfen.

Ein Referat über die Haus- und Hauskrankenpflege wird für die Mitglieder und zur Werbung neuer Anhänger als Broschüre herausgegeben. Der Bundestag sprach sich dahin aus, daß die Jugend noch mehr wie bisher vom Arbeiter-Samariter-Bund erfasst und ausgebildet werden soll. Dann faßte der Bundestag einstimmig den Beschluß auf Errichtung eines eigenen Bundeshauses mit einer Schule zur Ausbildung seiner Funktionäre. Die Aufbringung der Mittel erfolgt zum größten Teil durch Erhebung eines Sonderbeitrages bei den Mitgliedern. Ferner beschloß der Bundestag eine bedeutende Erhöhung der Leistungen der Unterstützungskasse. Den Statuten des Bundes wurde eine neue, erweiterte Fassung gegeben. Die alte Bundesleitung wurde wiedergewählt: 1. Vorsitzender: Th. Kerschmar; Kassierer: Eugen Richter; technischer Leiter: Erich Dunkel. Der nächste Bundestag findet aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Kölner Kolonne in Köln statt.

Lichtbildvortrag der „Volkshilfe“. Die „Volkshilfe“ veranstaltete am 21. April, 8 Uhr, im Saal des Lokals „Buschstrug“, Brig. Rudower Straße, einen öffentlichen Lichtbildvortrag, um neue Anhänger für diese freigewerkschaftliche Versicherungseinrichtung zu gewinnen. Zwei Vorträge: „Wie schütze ich mich zweckmäßig gegen die Gefahren des täglichen Lebens“ und „Die Grundlagen der modernen Berufsberatung“ umrahmten die Lichtbildvortragung. Referenten Karl Schulz und Friedrich Sachleben.

Der brennende Tofelstuhl. Heute früh ereignete sich im Hause Ritterstraße 35 ein merkwürdiger Vorfall. Als der Fahrstuhl von der vierten Etage herunterfuhr, gerieten plötzlich die Fahrstuhlfahnen in Brand. Durch die starke Rauchentwicklung wäre der Fahrstuhlführer Emil M. beinahe ums Leben gekommen, wenn nicht ein paar Hausbewohner, durch den Dualm aufmerksam gemacht, die Fahrstuhlfür erlöschten hätten. So konnte M. noch in letzter Minute gerettet werden. Der Brand wurde von der herbeigerufenen Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht.

Fünf Pferde verbrannt.

Feuer auf dem Schöneberger Südgelände.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr waren heute früh auf dem Südgelände, Priesterweg 18, zu Schöneberg, mehrere Stunden lang mit der Bekämpfung eines sehr gefährlichen Feuers beschäftigt. Ein etwa 35 Meter langes massives Stallgebäude brannte bis auf die Grundmauern nieder. Fünf Pferde gingen in den Flammen elend zugrunde.

Auf dem Grundstück Priesterweg 18 hat der Fuhrunternehmer Engelmann ein 35 Meter langes massives Stallgebäude, in dem zurzeit 8 Pferde untergebracht waren. Heute früh kurz vor 14 Uhr wurden Kolonnen des nebenliegenden Grundstücks durch verdächtige Geräusche aus dem Schlaf geweckt. Als man der Ursache nachging, stellte sich heraus, daß ein großer Teil des nebenliegenden Stallgebäudes lichterloh brannte. Das Feuer war inzwischen so weit vorgeschritten, daß wegen der großen Hitze niemand an den Brandherd heran konnte, um den Pferden, die ängstlich wieherten, Hilfe zu bringen. Zum Glück erschien schon nach kurzer Zeit die alarmierte Feuerwehr; den Beamten gelang es, drei Pferde in völlig erlöschtem Zustand zu retten; den übrigen fünf konnte keine Hilfe mehr gebracht werden. Zwei hatten bereits den Flammentod gefunden, die übrigen drei lagen erstickt am Boden. Das Feuer hatte inzwischen das Stallgebäude in seiner gesamten Ausdehnung ergriffen. Bei den Löscharbeiten stellten sich den Feuerwehrbeamten große Schwierigkeiten in den Weg. Da der Priesterweg noch ohne Wasserleitung ist, mußten ziemlich 1500 Meter Schläuche, das ist der Bestand zweier Löschzüge, angelegt werden, um von dem nächsten Hydranten am Sachlendam Wasser zu erhalten. Hierdurch ging viel kostbare Zeit verloren. Da von dem brennenden Gebäude nichts mehr zu retten war, mußte sich die Feuerwehr darauf beschränken, die in der Nähe liegenden Gebäude zu schützen. Von dem Stallgebäude sind nur noch die Umfassungsmauern vorhanden. Die Entstehungsurache konnte noch nicht ermittelt werden.

Weltstadt Berlin.

Gleichsam als Gegenstück zur Wochenend-Ausstellung, die uns als Anleitung auf genutzter Feiertagen die Schönheit der nächsten und weiteren Umgebung Berlins vor Augen führt, lief in der Urania ein von der Wirtschafts-Film G. m. b. H. gedrehtes Werk „Vorwärts im neuen Berlin“. Der Film zeigt im ersten Teil die Stadt mit all ihren Sebenswürdigkeiten alter und moderner Bauten, mit den oft mitten im Getriebe eingestreuten Wasserflächen, prächtigen Parkanlagen, ihrem riesenhaften Verkehrsstrom und ihren Vergnügungstätten. Also das Berlin vom Fremden-Rundfahrtauto aus gesehen, mit Augen, die in Sekunden Kilometer durchziehen, die, vermöhnt, blasiert und kühl die Welt durchrasen und nur Gewaltiges mit größter Achtungsfaltung gelten lassen. Und nun im zweiten Teil das Berlin, wie es in Wirklichkeit ist, wie es lebt, wie es arbeitet und wie das immer größer werdende Emporblühen aus der emsigen, rastlosen Kopf- und Handarbeit vieler tausender Menschen zustande kommt. Das Tagewerk dieses Riesenkörpers, angefangen vom frühen, grauen Morgen, da Berlin Morgentollette macht mit Spritzen und Sprengwagen, wo die Riesenbäckereien das Frühstücksbrot bereiten und die Bollenbäcker die Milch (150000 Liter pro Tag) austreten. Aus den Regaginen rollen die ersten Straßenbahnen, die Untergrundbahn setzt sich in Positur und der Riesenstrom der Werttätigen eilt zur Arbeitsstätte. Rastloses Tempo zwischen dampfenden Kesseln, hämmernden Maschinen, jurenden Turbinen, endlich die langerehnte Mittagspause und weiter geht der Trott die in den späten Nachmittag. Zum Schluß das Berlin nach getaner Arbeit. Das Hiniausgehen von jung und alt zu Spiel, Sport oder stillem Ausruhen. Die Einrichtungen der Jugend- und Sportverbände, die vielen schönen Grünflächen inmitten des steinernen Häusermeeres, oft aus einem den Nichts hervorgezaubert wie der Volkspark in Rehberge, unzählige Schwimm- und Badeanstalten für die Jungen, Plansch- und Spielbeden für die ganz Kleinen und ruhige, stille Plätze für die müden Alten. Der Film zeigte durchweg gute, klare Aufnahmen und fand starken Beifall.

Die Wiebelssturm-Katastrophe in Amerika.

Nach den letzten Meldungen ist nicht nur Union sondern einem Wiebelssturm überzogen worden, sondern auch Nebraska, Missouri, Oklahoma und Texas melden schwere Sturmschäden. Glücklicherweise wurde das Unwetter weniger dicht bevölkerte Gegenden heim. Die Zahl der Toten beträgt etwa 60, man rechnet jedoch damit, daß noch mehr Menschen umgekommen sind. Tausende sind obdachlos. Ganze Ortschaften sind vernichtet worden. Einzelne Häuser wurden vom Sturm eine halbe Meile fortgeweht. Die Lage im Unwettergebiet, das schon durch die tagelang anhaltende Hochflut schwer gelitten hat, ist sehr ernst.

Verhaftung des Wauderolenschiebers.

Nachen, 20. April. (M.B.) Die Nachener Kriminalpolizei verhaftete den Hauptschuldigen in der Wauderolenschieberangelegenheit, Wilhelm Racht, auf deutschem Gebiet in der Nähe der Grenze. Racht wurde dem Amtsgericht zugeführt. Seine Ueberführung nach Berlin wird in einigen Tagen erfolgen.

Die Lehrzeit beginnt!

Wiederum tritt ein Jahrgang der Schülertassen ins berufliche Leben ein, sei es als Lehrlinge oder als Auszubildende. Den Eltern bereitet heute noch — trotz aller Berufsberatungsgestellten — die Unterbringung ihres Jungen oder Mädchens in eine Lehrstelle viel Kopfzerbrechen. Das Angebot an Lehrlingen ist stärker als die Nachfrage.

Es wäre zweifellos besser, die Schulzeit um ein Jahr zu verlängern, zur Vorbereitung auf das Berufsleben, als die Dreizehnjährigen in irgendeine Lehrstelle unterzubringen, nur damit sie einstellbar „untergebracht“ sind oder aber sie zu Hause zu behalten, bis sich eine passende Lehrstelle findet. Das eine ist so verkehrt wie das andere.

Bei der Zuführung eines Lehrlings zu einem bestimmten Beruf muß einige Klarheit darüber bestehen, ob der Beruf nicht nur Lehrlinge beschäftigt, sondern auch Gesellen oder Gehilfen in entsprechender Zahl, d. h. ob nicht mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen ist, daß der Lehrling gleich oder bald nach beendeter Lehrzeit entlassen wird und eine Stelle als Ausgelernter für ihn nicht zu finden ist. Wieviele „Ausgelernte“ liegen heute noch in Berlin arbeitslos auf der Straße?

Die Handwerkslehrlinge sind insofern besser daran, als sie immerhin einen Teil ihrer erworbenen Fertigkeiten vermerken können, oder doch Aussicht darauf haben. Wie steht es aber mit den ausgetretenen Dragisten, Lederhändlerern — um nur einige derartigen „laumännlicher“ Berufe anzudeuten —, auf deren Ergreifung die Eltern meist noch stolzer sind als ihre Söhne. Die Enttäuschung nach beendeter Lehrzeit ist dann um so größer. Es gibt keine Stelle in Deutschland, die sich um diese Dinge kümmert und von vornherein verhindert, daß Berufen, die für eine Beschäftigung von gelehrten Arbeitskräften nicht mehr in Frage kommen, jährens, jahrens immer wieder neue Lehrlinge zugeführt werden, als billige, willige Arbeitskräfte. Niemand kümmert sich darum, wo solche „Ausgelernte“ bleiben, für die ihr „Beruf“ keine Verwendung hat.

Alle verantwortlichen Stellen müßten hier zusammenwirken, um eine gründliche Aenderung zu schaffen. Wäre es nach den Plänen unseres Genossen Sassenbach und seiner Mitarbeiter in der ersten Nachkriegszeit gegangen, dann stände es heute sicherlich besser auf diesem Gebiete. Doch von Jahr zu Jahr wurde die Reform des Lehrlingswesens verschleppt, bis man sie endlich dahin gebracht hat, daß sie den Nutznießern billiger Arbeitskräfte nicht mehr schaden kann. Werden die nächsten vier Jahre eines verminderten Angebots an Lehrlingen geahndet, dann wird es möglich sein, das bisher Versäumte nachzuholen.

In den ersten Wochen der Probezeit muß man sich um das Lehrverhältnis kümmern. Und bevor man seine Unterschrift unter den Lehrvertrag setzt, sollte man sich noch genau erkundigen sowohl über den betreffenden Beruf, über die Lehrstelle selbst wie auch über den Inhalt des Vertrags und dabei aber auch darauf achten, ob der Junge oder das Mädchen den Anforderungen gewachsen ist. In keinem Falle aber sollte man zugestehen, daß die Arbeitszeit über Gebühr ausgedehnt wird und ungenügende Essenspausen eingeräumt werden. Mann kann zwar trotz aller Vorsicht noch gehörig enttäuscht werden, doch um so weniger dürften es die Eltern an der notwendigen und möglichen Vorsicht fehlen lassen.

Die Gewerkschaften können zwar an den gegenwärtigen Mifständen im allgemeinen nichts ändern. In jedem Einzelfalle aber können sie die Eltern beraten, können den Lehrling gegen Hebergriffe schützen und dafür sorgen, daß er nicht auch geistig ein Opfer seiner Lehre wird. Aber auch nur dann, wenn die Eltern ihre Kinder von vornherein der zuständigen freigewerkschaftlichen Organisation zuführen.

Die Demonstration der Kraftdroschkenführer.

Der Aufforderung des Verkehrsverbundes an die Berliner Kraftdroschkenführer heute vormittag, als Protest gegen die Ablehnung der beiden letzten Schiedssprüche durch die Unternehmer in allen Betrieben die Arbeit ruhen zu lassen und zur Demonstration im Gewerkschaftshaus zu erscheinen, waren die Führer so zahlreich gefolgt, daß die gesamten Räume des Gewerkschaftshauses nicht ausreichten, die Erschienenen zu fassen. Da schon lange vor Beginn der Kundgebung alle verfügbaren Säle überfüllt waren, mußte ein großer Teil auf dem Hofe und auf der Straße warten. Nach dem unersichtlichen Vorgehen der Unternehmer, durch das die Erregung der Führer auf den Höhepunkt getrieben worden war, mußte eine solche Beteiligung an der Kundgebung auch erwartet werden.

In den Versammlungen wurde zunächst bekanntgegeben, daß das Reichsarbeitsministerium die Parteien zu heute vormittag 10 Uhr zu Verhandlungen geladen habe, um noch in letzter Stunde zu versuchen, den offenen Konflikt im Berliner Kraftdroschkenverkehr zu vermeiden. Daran anschließend wurde von den Organisationsvertretern ein Ueberblick gegeben über die Entwicklung und die derzeitigen Verhältnisse nicht nur im Berliner Kraftdroschkenverkehr, sondern auch im gesamten Reichsgebiet. Die Redner zeigten an zahlreichen Beispielen, wie aufreibend und gefährlich der Beruf des Kraftdroschkenführers ist und wie trotz der Schwere des Berufes gerade in Berlin die Kraftdroschkenführer ein wahres Hungerdasein führen müssen. Nicht zu Unrecht wurde betont, daß auch in Berlin schon längst andere Zustände in der Entlohnung herrschen würden, wenn das Organisationsverhältnis der Kraftdroschkenführer ein besseres wäre. Die Redner wiesen weiter an Beispielen aus anderen Städten nach, daß überall dort, wo die Kraftdroschkenführer reiflos oder wenigstens gut organisiert sind, ihr Beruf nicht zu den schlechtbezahltesten gehört.

Die starke Beteiligung an der Protestkundgebung läßt erhoffen, daß endlich auch die Berliner Kraftdroschkenführer sich auf ihre

Organisationspflicht besinnen und den ersten Willen haben, durch den Anschluß an den Verkehrsbund, die menschenunwürdigen Verhältnisse in ihrem Gewerbe zu beseitigen. In allen Versammlungen wurden die Erschienenen aufgefordert, weiterhin in jeder Berufsfrage so einmütig zusammenzustehen, und dadurch auch die Berliner Unternehmer zu einer anderen Einstellung zu bringen.

Die Versammlungen wurden gegen 12 Uhr vertagt, um das Erscheinen der Verhandlungskommission abzuwarten und dann nach deren Bericht die weiteren Beschlüsse zu fassen. Bei Redaktionschluss war das Ergebnis der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium noch nicht bekannt.

Gehaltsbewegung der Werftangestellten.

In der ersten Nachkriegszeit war es auch den Angestellten der deutschen Schiffswerften gelungen, einen Tarifvertrag abzuschließen. Zwei Jahre später jedoch gelang es den Unternehmerverbänden, den Gehaltstakt zu zerbrechen. Die Angestellten von Blohm u. Bock hatten sich dazu verhalten lassen, während der beim Reichsarbeitsministerium schwebenden Verhandlungen telegraphisch zu erklären, daß sie auf eine weitere tarifliche Regelung ihrer Gehälter verzichteten. Die Gehaltsregelung verschwand mit dem Tarifvertrag. Seitdem haben sich in den Betrieben recht merkwürdige Gehaltsverhältnisse herausgebildet, denen die Angestellten ohnmächtig gegenüberstehen. Dem Organisationsgedanken aber wurden die Angestellten allmählich zugänglich.

Jetzt, nachdem sich die Konjunktur auf den Werften plötzlich erheblich gebessert hat, haben die Verbände Anträge auf bessere Regelung der Werftangestellten gestellt. Die Vertreter der freigewerkschaftlich organisierten Werftangestellten aller Werftorte kamen in Bremen zusammen, um zu der veränderten Situation Stellung zu nehmen. Auch die übrigen Angestelltenorganisationen müssen nun vorgehen.

Die Unternehmer suchen die Bewegung abzubiegen und beschließen, eine Zulage in Höhe von 8 bis 12 Proz. des Monatsgehalts zu machen, womit sie alle Unterlassungsünden der letzten fünf Jahre ungeschehen zu machen gedenken. Die Werftangestellten aber müßten darauf bestehen, daß wieder ein Gehaltstakt geschaffen wird, der sie vor Rückschlägen schützt. Voraussetzung ist auch hier die Stärkung der freigewerkschaftlichen Organisation.

Schiedsspruch in der bayerischen Metallindustrie.

Für die unter den Haupttarif des Nürnberg-Fürther Arbeiterverbandes (RFA) fallenden taumännlichen Angestellten, Techniker und Werkmeister fällt das Schiedsgericht einen Spruch, wonach sich die Mindestgehaltssätze der Angestelltengruppen I bis V, der Meister und die Lehrlingsvergütungen ab 1. April um je 7½ Proz. erhöhen. Bestehende Gehaltsvorsprünge bleiben ziffernmäßig erhalten und dürfen auf Grund dieser Gehaltsregelung nicht gekürzt werden. Die Sozialzulagen bleiben unverändert. Pfennigbeträge von 25 Pf. aufwärts werden auf 50 Pf., von 75 Pf. aufwärts auf 1 Pf. aufgerundet. Die neue Gehaltsregelung kommt jeweils mit Monatsfrist für den Schluss eines Monats, erstmals jedoch zum 22. Februar 1928, gefündigt werden. Erklärungsfrist Freitag, den 22. April. Der Zuschlag kommt nur für die tariflichen Mindestgehaltssätze in Frage. Alle Gehaltsbeträge, die über die Mindestsätze hinausgehen, werden als Gehaltsvorsprünge angesehen und deshalb nicht erhöht.

Metallarbeiterkampf in Rotterdam.

Ein großer Metallarbeiterstreik droht in Rotterdam auszubrechen. Bei den großen Rotterdammer Werften von Wilson und Piet Smit junior mit mehreren Tausend Mann Belegschaft ist die Arbeitszeit nicht entsprechend der Anweisung des Generaldirektors der Arbeit von 51 auf 50 Stunden pro Woche herabgesetzt worden. Die Metallarbeiterverbände haben nochmals den Versuch unternommen, ein gütliches Wege mit den Werftdirektionen zu einem Einvernehmen zu gelangen. Scheitert dieser letzte Versuch, dann ist mit dem Ausbruch eines Streiks bestimmt zu rechnen.

Antisemitische Lehrlingsmißhandlung in Sowjetrußland.

Eines der größten Industriezentren Rußlands, Swanowo, Wosnessensk, in der Geschichte der russischen Revolution rühmlich bekannt. Der jüdische Lehrling Beirach und dessen Bruder arbeiten da in einer Fabrik. Die Gesellen hatten es auf den Lehrling Beirach abgesehen. Der behandelte Junge trank nicht, lang keine anständigen Lieder, hielt sich abseits von den Grabschächtigen — deshalb war man ihm gram. Er sollte diese freihalten, sich nicht von ihnen abschließen. Zuerst trietzte man ihn, dann wurde man tätlich, wo nur irgend möglich erhielt er einen Stoß, einen Schlag; es wurde von Tag zu Tag ärger, man gönnte ihm keinen Augenblick Ruhe, sein Körper wies keine heile Stelle mehr auf. Man brannete ihn mit glühendem Eisen, man keidete ihn nackt aus und bog ihn im Winter mit kaltem Wasser. Der Knabe wagte niemandem sein Martyrium zu klagen — sein Bruder bittet ihn: „Schweig, duhde, denn sonst fliege ich hinaus.“ Und er schweigt und duldet und die ganze Fabrik weiß von den Mißhandlungen; der Betriebsrat weiß es, die kommunistische Zelle weiß es — mehr noch: gerade als die Kommunisten Smirnow und Melnikow in der Fabrik erscheinen, wird es mit den Forderungen des Knaben Betrach, der auch selbst Mitglied der kommunistischen Jugend ist, besonders schlimm; ja, das Mitglied der kommunistischen Jugend, der Sohn des roten Direktors, nimmt an den Peinigungen teil.

Ein Jahr lang währte das grausame Spiel, bis endlich ein gütiger Zufall dem Jungen zu Hilfe kam. Und nun mußten die Folterknechte vor das Gericht. Hier ergab es sich, daß auch die anderen Lehrlinge Mißhandlungen ausgeleitet waren: körperliche Züchtungen, Rowdnyum, Bestechung unter dem Mantel des Freihaltens waren hier eine alltägliche Erscheinung. Und niemand anderer in der Gerichtsverhandlung als der „Judenjunge“ Betrach selbst war es, der die Richter bat, Mitleid walten zu lassen. Seine Peiniger wurden zu geringen Gefängnisstrafen verurteilt. Dieser Fall steht nicht vereinzelt da. Die „Rote Zeitung“ berichtete über zwei ähnliche Fälle antisemitischer Ausschreitungen in

der Leningrader Textilfabrik „Die Gleichheit“. Der Antisemitismus hebt drohend sein Haupt innerhalb der Arbeiterschaft und hat auch innerhalb der kommunistischen Partei und der kommunistischen Jugend festen Fuß gefaßt; es ist eine Erscheinung der Kontinuität, sagt die „Jewetta“. Und der Feuilletonist der „Browda“, Sosnowski, erinnert in Verbindung mit dem Fall des Knaben Betrach an Ereignisse aus dem Jahre 1914 — also aus einer Zeit, da der Judentum jede Selbsttätigkeit der Arbeiterschaft schwer unterdrückte und den Antisemitismus als Sicherheitsventil für die Unzufriedenheit der Volksmassen künstlich züchtete.

Amerikanische Rechtsprechung.

In Boston ist vor kurzem die Milchfahrer- und Molkereigewerkschaft zu der Zahlung von 61 971 Dollars verurteilt worden, weil sie im Sommer des letzten Jahres den Versuch gemacht hatte, drei große Milchgesellschaften zu zwingen, nur Gewerkschaftsmitglieder anzustellen. Die genannte Summe wurde den drei Gesellschaften als Entschädigung zugesprochen.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich nimmt ständig ab, doch gilt die Wirtschaftskrise noch nicht als überwunden.

Wirtschaft Türkische Wirtschaft.

Die neuen Eisenbahnprojekte.

Die heutige Türkei hat etwa 850 000 Quadratkilometer Flächeninhalt, ist also fast doppelt so groß wie Deutschland, hat aber im ganzen nur 4540 Kilometer Eisenbahnlängen. Diese sind fast ganz ausländische Konzessionsbauten, darunter auch die von Deutschen gebaute Bagdadbahn, die nur gegenwärtig meist außerhalb der türkischen Grenze liegt. Nach türkischen Meldungen sind neue Eisenbahnbauten geplant. Auch diese werden von ausländischen Gruppen finanziert, sie sollen jedoch auf Grund der getroffenen Abmachungen Staatseigentum sein. Die neuen Linien sollen ein 6000 Kilometer umfassendes Bahnnetz darstellen; allerdings eine in heutigen türkischen Verhältnissen noch nicht durchführbare Aufgabe.

Die Regierung Ismet Paschas hat jedoch mit einigen ausländischen Kapitalistengruppen Vereinbarungen getroffen, die die Verwirklichung wenigstens eines Teiles der erwähnten Projekte erstreben. So mit einer schwedischen Gruppe über 1080 Kilometer Bahnbauten (Bauzeit fünf Jahre) und die Hafenanlagen Cregli am Schwarzen Meer. Die türkische Regierung übernimmt ihrerseits die Verpflichtung, jährlich die Hälfte der Baukosten vor zu bezahlen, die andere Hälfte aber mittels Bons der Landwirtschaftlichen Bank zu entrichten; diese sind in bestimmten Fristen tilgbar, die sämtlich in zehn Jahren einzulösen sind. Als Garantie hat die Türkei die Einkünfte des Staatsmonopols für Tabak, Alkohol und Zündhölzer der Landwirtschaftlichen Bank zur Verfügung gestellt.

Eine belgische Gruppe hat im ganzen 400 Kilometer Bahnbauten (Bauzeit drei Jahre) übernommen, ferner die Hafenbauten von Sanjam. Die belgischen Zahlungsbedingungen sind denen der Schweden gleich, allein mit dem Unterschied, daß an den Hafenbauten von Sanjam sich zusammen mit den Belgiern auch die türkische Bank „Ithibari Milli“ beteiligt. Die Türkei soll die Baukosten in sechs Jahren tilgen. Die von der schwedischen Gruppe voranschlagten Kosten betragen 70 Millionen türkische Lire, die der Belgier aber 36 Millionen. Den beiden Gesellschaften sind in gleichem Maße 7 Proz. Verzinsung zugesichert worden. Die auszugehenden Bons betragen im ganzen 200 Millionen Lire. Davon sind also 106 Millionen (70+36) den Schweden und dem Belgier zu überreichen, die übrigen 94 Millionen aber sind für andere Bahnbauten, Hafenanlagen und Straßen, sowie für Herstellung der Konstantinopeler Freizone und verschiedene Fabrikanlagen bestimmt.

Auch eine deutsche Gruppe soll an die türkische Regierung herantreten sein. Bekanntlich sind schon vor zwei Jahren deutsche Beteiligungen zustande gekommen. Einmal für die Verwertung der Kupferminen von Arghana Raden, sodann für die Bahnbauten von dort bis Arade an der Bagdadbahn. Auch eine amerikanische Gesellschaft, die schon vor drei Jahren der türkischen Regierung das Projekt eines Umbaus der Stadt Angora unterbreitet hatte, hat ihr vor kurzem neue Vorschläge auf einer dreierlei Basis vorgelegt, die außerdem noch Eisenbahnbauten vorsehen. Zu diesem Zweck ist die genannte Gesellschaft bereit, der Türkei eine 20-Millionen-Dollar-Anleihe zu geben.

Die Stadt Düsseldorf hat, wie gemeldet wird, die Beteiligung an den rheinischen Kohlenfeldern endgültig abgelehnt. Der Druck der Jechen scheint also groß genug gewesen zu sein.

Staatsaufträge in der Bauindustrie. In den letzten Jahren ist das durch Ausbleiben industrieller Bauaufträge schlechter beschäftigte Baugewerbe im wesentlichen durch staatliche und kommunale Aufträge gestützt worden. Auch die Beton- und Rönier-Bau-A. G. Berlin erklärt in ihrem Geschäftsbericht, daß sie durch die starke Drosselung der industriellen Bauaufträge gezwungen war, das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf Bauten von Behörden zu verlegen und sogar reine Erdarbeiten beim Bau des Mittelkanals zur Ausführung übernommen habe. Nach der Bilanz zu urteilen, hat das Unternehmen bei diesen öffentlichen Aufträgen recht gut verdient. Die Betriebsgewinne sind gegenüber dem Vorjahr um 50 Proz. auf 0,65 Millionen gestiegen und der Reingewinn hat sich gegenüber 1925 mit 0,20 Millionen Mark veranschlagt. Hiervon werden auf das 2,1 Mill. Mark betragende Aktienkapital 9 Proz. Dividende gezahlt, nachdem das Jahr vorher ohne Dividende blieb. Das Unternehmen verspricht sich viel von den in Aussicht genommenen Betonstraßenbauten für den Automobilverkehr und hat bereits mit den technischen Vorarbeiten hierzu in seinen Büreaus begonnen.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Riebel; Kultur: Kautabak; R. G. Riebel; Soziale und Sonstige: Reich Anstalt; Angelegenheiten: K. Glöckel; Familie in Berlin; Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Rudolf Fink, Berlin NW 21
Turmstr. 6
All-Moabit 53 und Uhlandstraße 106.
Aus eigen. Spezial-Rösterei stets frischgerösteter Kaffee
Pfund 2,40 M. — 3,80 4,20 4,60 M.
von bekannter Güte, Aroma und Ergiebigkeit.
Echt indischer und chinesischer Tee-Import, Schokoladen, Kakao, Back-Obst, Eiermehle, H. Auszugmehl
Frühstücker, keine Löhre und Spirituosen
Gut gepökelte gelagerte Weine, Rot- und Süßweine.
Echte Braunschv., Thür., u. Westf. Wurst- u. Fleischwaren.
Butter- und Käse-Manufaktur
Gemüse-Konserven, Früchte u. Kautabak sehr preiswert
Nur beste Ware bei soliden Preisen

Dörffler
WÜRSTCHEN • BUCKWURST
Etwas ganz Besonderes!
Gerhard Kohnen
Das Haus
für Volkskleidung
und Berufskleidung
NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77

Auf Teilzahlung
Herren-, Damen-Garderobe
Anzüge, Summi-Mäntel, Kleider
MÖBEL
bis 18 Monatsraten
Schlaf-, Speise-, Herranzimmer,
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten
Aniel Gr. Frankfurter Str. 34
(Strausberger Platz)

Eisschränke
gegen
12 Monats-Raten
Dravatz
Berlin W 66, Leipziger Straße 122-123

Bettfedern
aus erster Hand, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000
Neulhäuser
illustriert seit 25 Jahren
Dietrichmann A.-G. W 57
Wochenendhäuser — Prospekte gratis
Wald- u. Wasserparks — Schwäbe.
Auf Teilzahlung
Herren-Garderobe
Kleino Anzahlung • Bequemo Abzahlung
CAMNITZER
Schönhäuser Allee 82, I
am Hochbahnhof Nordring

Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph
BERLIN W
In vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122

Zuckerkrank
Fragen Sie Ihren Arzt! Dr. A. Siegers Antidiabeticum und verlangen Sie kostenlos diesbezügliche hochinteressante Schriften durch Fr. Löw, Waldstr. 27 (Hessen).

Der beste Kautabak ist
Kapitan-Kopenhagener
Große Rollen und Skipper, 20 Pf.-Viel
Jedes Stück wird in Papier verpackt
geliefert, unverpackte Ware weisen
man zurück.
Verkaufsstellen durch Carl Röcker, Noll 82, 13,
Lichtenberger Str. 22 (Tel. Kst. 3861)

Schaufenster-Tapete!
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.
Sächsische Tapeten-Industrie,
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.